

	Wohnraumpolitik in den Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2017 in Schleswig-Holstein – ohne Anspruch auf Vollständigkeit
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>s.39ff: Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum planen, klimafreundlich und zum Wohl aller bauen Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird, im Hamburger Rand und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt. Menschen ohne ausreichende Bonität werden auch bei sozialen Wohnungsbauunternehmen häufig als Mieter*innen abgelehnt und werden so oft in die Obdachlosigkeit getrieben. Wir wollen die Einrichtung eines Fonds prüfen, mit dessen Hilfe gegenüber Vermieter*innen die notwendige Bürgschaft erbracht werden kann.</p> <p>In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden</p> <p>Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken, Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein enger Austausch mit der Landesregierung und der Investitionsbank. Hier wollen wir für mehr Beratung und Unterstützung sorgen.</p> <p>Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen</p> <p>Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten. Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau, Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.</p> <p>Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen</p> <p>Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz zum Umweltschutz und geht oft zulasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung, Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde angelegt werden. In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den Öffentlichen Personennahverkehr einbeziehen und die verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und rechtzeitige Bürger*innenbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von Baumaßnahmen. Eine Absenkung der Standards darf nicht zu</p>

kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und vielfältige Gesellschaft ein, in der jede*r mit jede*m Nachbar*in sein kann.

Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft

Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung. Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich zu den bestehenden Förderprogrammen. Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

Auf den Punkt

🏠 *Wir werden* Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung anbieten,

🏠 *d a f ü r w e r b e n , d a s s*

Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,

🏠 *S t ä d t e b a u m i t t e l f ü r*

integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

s. 55 **Fundament stützen - soziale Infrastruktur ausbauen**

Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress, Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck, digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern. Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für Geflüchtete kombiniert.

s. 57f

	<p>Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Ältere, Geflüchtete und LGBTIQ-Menschen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Intersexuelle und Queer) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen. Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.</p> <p>Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.</p> <p>s. 60</p> <p>Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen, Kultur</p> <p>Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe, Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.</p>
<p>CDU</p>	<p>s. 5: <i>Aktive Senioren – gutes Leben, egal in welchem Alter:</i> <i>Wir werden:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>altersgerechte und generationsübergreifende Wohnformen ideell fördern. Hierzu gehört unter anderem die Analyse des Bedarfs an alten- und behindertengerechten Wohnungen, damit in allen Regionen des Landes passender Wohnraum zur Verfügung steht;</i> <p>s. 33: Hochschule</p> <p>Wir werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - mehr Wohnheimplätze an den Standorten der Hochschulen schaffen <p>s. 52f Bezahlbarer Wohnraum für alle</p> <p>Wohnraum wird in vielen Teilen des Landes stetig teurer. Vor allem im Hamburger Umland, aber auch in Städten wie Kiel, Lübeck und Flensburg haben besonders Haushalte mit geringem Einkommen Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Sicherung der Bezahlbarkeit von Wohnraum kann im Land nur gelingen, wenn sichergestellt ist, dass ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Deshalb müssen Anreize zur Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum gesetzt und Investitionshemmnisse effektiv abgebaut werden.</p> <p>Deshalb werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Wohnraumförderung so ausrichten, dass die Bezahlbarkeit von Wohnraum insgesamt erhalten bleibt. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum besteht nicht nur für Menschen mit geringem Einkommen. Bezahlbarer Wohnraum muss auch außerhalb der Belegungsbindung erhalten und geschaffen werden; - die im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Grenzen der wohnbaulichen Entwicklung in Regionen mit erhöhter Wohnraumnachfrage an die realen Erfordernisse anpassen und damit ermöglichen, dass Wohnraum dort, wo er benötigt wird, geschaffen werden kann; - die interkommunale Kooperation zur Fortentwicklung von Städten und Gemeinden

	<p>stärken und damit den Kommunen die notwendige Flexibilität bei der Wohnraum-schaffung ermöglichen;</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Schaffung von Eigenheimen als nachhaltigen Faktor zur Preisstabilität und als Beitrag zur Alterssicherung weiter voranbringen. Hierzu gehören auch Fördermaß-nahmen als Eigenkapitalersatz in Form von Nachrangdarlehen oder Garantien; - den sozialen Wohnungsbau als Säule der Wohnbauförderung erhalten. Dabei sollen verstärkt die Möglichkeiten genutzt werden, auch bestehenden Wohnraum in die Be-legungsbindung einzubeziehen; - die Auswirkungen des demografischen Wandels bereits heute umfassend bei den Planungen für die Zukunft berücksichtigen; - die Kappungsgrenzenverordnung und die Verordnung zur sogenannten Mietpreis-bremse aufheben, da diese nicht nur keine mietpreisstabilisierende Wirkung haben, sondern im Gegenteil sogar zu Preissteigerungen führen.
<p>Die Linke</p>	<p>s.4: Wir stellen fest: Es gibt massive Probleme in unserem Land: Kinder- und Altersarmut steigen, die Mieten in den Ballungsräumen explodieren, und bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Wir stellen fest: Es gibt massive Probleme in unserem Land: Kinder- und Altersarmut steigen, die Mieten in den Ballungsräumen explodieren, und bezahlbarer Wohnraum ist knapp.</p> <p>s. 8 1. Darüber hinaus will DIE LINKE: Politik für Seniorinnen und Senioren angemessen in Gesundheits-, Bildungs-, Verkehrs-, Kultur- und Wohnungspolitik verankern.</p> <p>s. 9 – 13 Gutes Wohnen muss für alle bezahlbar sein: In Schleswig-Holstein herrscht Wohnungsnot. Zum einen fehlen nahezu überall bezahlbare Wohnungen, zum anderen steigen seit Jahren in vielen Landesteilen die Wohnungsmieten stark an.</p> <p>In diesen Regionen Schleswig-Holsteins macht sich dies besonders bemerkbar</p> <ul style="list-style-type: none"> - in den Randgebieten Hamburgs, dem sogenannten „Speckgürtel“, - in den drei großen Städten Kiel, Lübeck und Flensburg, - in vielen mittelgroßen Städten auch außerhalb des Hamburger Randgebietes, - in attraktiven Feriengengebieten, z.B. auf Sylt und anderen Nordseeinseln sowie an Teilen der Ostseeküste und in Teilregionen des Festlands. <p>In den Randgebieten Hamburgs wirkt die Großstadt als „Mietenmagnet“. Dort stiegen die Wohnungsmieten innerhalb weniger Jahre um bis zu 20 Prozent. Unter anderem durch den Zuzug aus Hamburg in die Randgebiete schlagen die dort steigenden Mieten stärker zu Buche als im Landesdurchschnitt. Ähnlich sieht es in den größeren Städten Schleswig-Holsteins aus. Insbesondere bei den stark nachgefragten kleineren Wohnungen, Neubauwohnungen und Wohnungen in gutem Zustand sind die Mieten stark gestiegen.</p> <p>Dies trifft mehrere große Bevölkerungsgruppen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, besonders hart. Dazu gehören neben Geringverdienenden und Menschen mit Minijob, deren Anteil in einigen Landesteilen bis zu 50 Prozent der Beschäftigten beträgt, auch von Armut betroffene ältere Menschen,</p>

Alleinerziehende, ältere Singles, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende, befristet Beschäftigte und Menschen, die Sozialleistungen beziehen. Diese Situation ist nicht über Nacht entstanden. Sie ist Folge der herrschenden Politik: Sozialer Wohnungsbau in öffentlicher Regie findet in Schleswig-Holstein so gut wie gar nicht mehr statt, während seit fast 30 Jahren jährlich immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen und damit guter und bezahlbarer Wohnraum ersatzlos wegbricht. Die historisch niedrigen Zinsen machen zudem öffentliche Fördermittel mit Zweckbindung für die private Bauwirtschaft unattraktiv. Hinzu kommt ein hoher Leerstand von Wohnungen, besonders in den Zentren der größeren Städte. Hier wird Wohnraum oft zum Spekulationsobjekt – auf dem Rücken der vielen Wohnungssuchenden und zu Lasten der Qualität der Innenstädte. In den größeren Städten und auch in den touristisch besonders attraktiven Gebieten Schleswig-Holsteins werden zahlreiche Wohnungen als Ferienwohnungen zweckentfremdet. In schwachen Saisonmonaten stehen sie monatelang leer. Die steigende Zahl dieser zweckentfremdeten Wohnungen verstärkt die Wohnungsnot noch zusätzlich. Frühere Gesetze zum Zweckentfremdungsverbot sowie zur Leerstandsverordnung wurden schon vor Jahren außer Kraft gesetzt oder werden nicht mehr angewendet.

Die seit wenigen Jahren um sich greifende und oft staatlich geförderte Modernisierung älterer Wohnungen verteuert für viele Menschen das Wohnen erheblich. Die privaten Vermieterinnen und Vermieter streichen dabei die Fördermittel ein und treiben danach entweder die Mieten in die Höhe oder wandeln den Wohnraum in Eigentumswohnungen um. Viele der dort lebenden Menschen können nach der Modernisierung die Mieten nicht mehr zahlen und werden zum Wegzug gezwungen. So entsteht nach und nach eine soziale Umgestaltung ganzer Wohnviertel zu Lasten der vielen Geringverdienenden. Sie reißen sich noch zusätzlich in die große Zahl der Wohnungssuchenden ein.

DIE LINKE stellt klar: Die seit Jahren vorangetriebene energetische Sanierung von Mietshäusern soll dem Klimaschutz dienen, darf aber nicht zur Vertreibung von Mieterinnen und Mietern führen. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Modernisierung einer Wohnung kann zur Armutsfalle werden und ist Hauptgrund für die gesellschaftliche Umgestaltung in unseren Städten.

Wir sehen die dramatische Wohnungsnot nicht nur als finanzielles Problem. Sie hat die soziale Gerechtigkeit in eine gefährliche Schieflage gebracht, unter der viele Menschen im Land leiden.

Wohnen ist ein Grundrecht. Dieser Grundsatz muss in die Landesverfassung aufgenommen werden. Wir wollen, dass sich die Wohnungspolitik nicht dem Diktat der Marktgesetze unterwirft. Da wir Wohnen als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge verstehen, muss auch hier der Vorrang der Politik gegenüber der Wirtschaft durchgesetzt werden.

DIE LINKE will die Wiederherstellung der sozialen Funktion der Wohnungspolitik und die Beschränkung von Verfügungsrechten der Eigentümer.

DIE LINKE fordert die Wiederherstellung der sozialen Funktion des Wohnungsmarktes durch die Stärkung kommunaler Wohnungsgesellschaften, durch Unterstützung von Wohnungsgenossenschaften und deren Neugründung sowie

durch die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit.

Spekulation mit leerstehendem Wohnraum muss durch die Gesetzgebung unmöglich gemacht werden. Wer mit Wohnraum spekuliert, spekuliert mit der Not der Menschen.

Öffentlicher Grund und Boden muss in öffentlicher Hand bleiben. Bereits privatisierte Immobilien müssen zurückgekauft, öffentlicher Grund und Boden darf nur in Erbpacht vergeben werden. Nur so können wir auch für die Zukunft die städteplanerische Handlungsfreiheit der Kommunen erhalten.

Die derzeitige öffentliche Förderung für private Investoren beim Wohnungsbau sowie der Luxussanierung von Mietshäusern muss beendet werden. Sie hat die Mieten nicht gedeckelt, sondern erst recht in die Höhe getrieben. Die Profitgier privater Investoren durch überzogene Mieterhöhungen und die Umwandlung in privates Wohneigentum mit daraus folgender Spekulation muss gestoppt werden. DIE LINKE will die Wohnungsprivatisierung stoppen und die Privatisierungsprozesse von kommunalem Wohneigentum der Vergangenheit korrigieren.

DIE LINKE tritt für eine Reform der Kommunalfinanzen ein, die es den Kommunen ermöglicht, bereits privatisierte Bestände zurückzukaufen, soweit es zur Versorgung der Gemeinde mit Sozialwohnungen bzw. für alle bezahlbaren Wohnungen erforderlich ist.

Der Anteil von Wohnungen in öffentlicher Hand oder von Genossenschaften, hauptsächlich durch öffentlich geförderten, gemeinnützigen Wohnungsbau ist zu erhöhen. Regional unterschiedlich sind ausreichend Wohnungen als Sozialwohnungen vorzuhalten. Die Rechte der Mieterinnen und Mieter müssen gesichert und gestärkt werden. In den Universitätsstädten des Nordens muss in Kooperation mit den Gemeinden dafür gesorgt werden, dass die

Wohnheimplatzquote zumindest dem bundesdeutschen Durchschnitt entspricht.

DIE LINKE will die zunehmende Gentrifizierung, das heißt die Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen aus innerstädtischen und attraktiven Vierteln, stoppen, die sich insbesondere in den Städten weiter verschärft. Wohnungsbau soll ressourcen- und bedarfsgerecht, barrierefrei und auch für alternative Wohnformen (z.B. Wohngemeinschaften) gestaltet sein.

Wir wollen die Möglichkeiten zu alternativen Wohnformen fördern und zum festen Bestandteil der Wohnungspolitik machen – im Sinne eines solidarischen Zusammenlebens. Gute Konzepte gehen bei uns vor Profit. Grund und Boden muss in öffentlicher Hand bleiben, um die Handlungs- und Planungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

DIE LINKE wird sich im schleswig-holsteinischen Landtag für folgende konkrete Punkte einsetzen; für nur bundespolitisch zu ändernde Regelungen wird DIE LINKE auf entsprechende Bundesratsinitiativen der Landesregierung drängen. Langfristig ist ein öffentlicher Wohnraumbedarfsplan zu erstellen.

1. Mieterschutz und Mieterrechte stärken, Mietobergrenzen einführen

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Mietpreisbindung bei öffentlichen, öffentlich geförderten und steuerlich begünstigten Wohnungen. Zur Berechnung der kostendeckenden Miete bilden die Kosten des Gebäudes, Bedienung der Kredite, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten sowie Rücklagen die Grundlage.

Ohne Wohnwert verbessernde Maßnahmen sind Mieterhöhungen nur im Rahmen des Inflationsausgleichs möglich. DIE LINKE fordert ein Mieterhöhungsverbot bei Mieterwechsel.

.DIE LINKE fordert eine Mietobergrenze, die als Rechtsanspruch auf eine Miete in Höhe von 30% des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens für Bestands- und Neuvertragsmieten verbindlich sein sollte. Es ist öffentliche Aufgabe, Wohnen für diejenigen zu sichern, die ihre eigene Existenz allein nicht bestreiten können. In den landesrechtlichen Vorgaben zu den Kosten der Unterkunft muss festgelegt sein, dass nur dann zur Kostensenkung der Wohnkosten aufgefordert werden darf, wenn im Wohnungsumfeld der Betroffenen entsprechender freier Wohnraum vorhanden ist.

2. Spekulationen, Eigentumswohnungsboom und Zweckentfremdung stoppen

Eigentumswohnungsboom stoppen: Die Kündigungsbeschränkung bei Umwandlung ist von 10 auf 15 Jahre zu verlängern (§ 577a BGB).

Milieus schützen, Luxusmodernisierung verhindern: Paragraph 172 im BauGB zum Milieuschutz ist so zu novellieren, dass ein Blankoscheck für Vermieter zur Genehmigung von Luxusmodernisierungen vermieden wird und auch die notwendige energetische Sanierung im Quartier nicht zur Verdrängung von Mieterinnen und Mietern mit geringem Einkommen führt.

3. Öffentlichen sozialen Wohnungsbau neu beleben

DIE LINKE fordert die Stärkung der öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus sowie die Erhöhung und Festschreibung der Städtebaufördermittel. Nutznießer müssen kommunale Wohnungsgesellschaften sowie Genossenschaften sein.

Förderprogramme, die der Subventionierung privater Anleger dienen, lehnt DIE LINKE ab. Kommunen müssen als Bauherrinnen und auch als Vermieterinnen auftreten und sich an den Interessen von Mieterinnen und Mietern orientieren. Kommunaler Wohnungsbau muss ohne Profitabsichten, gemeinwohlorientiert, ökologisch, ressourcenschonend, barrierefrei und energieoptimiert errichtet und nach diesen Grundsätzen bewirtschaftet werden, Nachbarschaftsangebote vorsehen und Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensweisen entsprechen. Es ist Aufgabe kommunaler Wohnungsgesellschaften, zu einem niedrigen und sozial verträglichen Mietenniveau beizutragen.

DIE LINKE fordert die Gründung öffentlicher Wohnungsbauunternehmen auch in der Regie des Landes Schleswig-Holstein. Fördermittel des Landes sollen für eine landeseigene soziale Wohnungswirtschaft verwendet werden anstatt privaten Investorinnen und Investoren zur Mehrung ihres privaten Profits zu dienen. Die Erträge landeseigener Wohnungsunternehmen müssen dem Neubau und Erhalt von öffentlichen Wohnungen vorbehalten bleiben.

4. Privatisierung stoppen, gemeinnützige Wohnungswirtschaft neu entwickeln

DIE LINKE wendet sich gegen die weitere Privatisierung von öffentlichem Wohnraum. Sie fordert Bundesmittel zur Förderung kommunaler Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. Auch die Rekommunalisierung privatisierter Wohnungsbestände und von Unternehmen der Ver- und Entsorgung gehören zu den Voraussetzungen einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

5. Barrierefreies Wohnen ausbauen

In 15 Jahren werden in mindestens einem Viertel der privaten Haushalte Menschen mit Behinderungen und/oder ältere Menschen wohnen. Sie benötigen barrierefreien Wohnraum, um so lange wie möglich und von ihnen selbst gewünscht in ihren Wohnungen bleiben zu können. Die von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen schreibt vor, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen. Dazu gehört auch das entsprechende Wohnumfeld einer selbstgenutzten, barrierefreien Wohnung. Die meisten älteren und behinderten Menschen ziehen das selbstbestimmte Leben in einer privaten Wohnung dem Heimaufenthalt vor. Schon jetzt haben wir Wohnungsnotstand für ältere und behinderte Menschen. Wir fordern, durch Neubau, Umbau und Nachrüstung ausreichend zusätzliche barrierefreie Wohnungen zu schaffen. Verbindliche Rechtsgrundsätze dazu müssen in der Novelle des Baugesetzbuches und der Landesbauordnung Schleswig-Holsteins geregelt werden.

6. Energetische Sanierung mieterfreundlich gestalten

Die Maßnahmen und Kosten energetischer Sanierung gehen einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter. DIE LINKE fordert die Aufstockung der Fördermittel für Gebäudesanierung und -modernisierung, um die Sanierungsquote zu verdoppeln. Die Modernisierungsumlagen sind zu reduzieren und zu befristen.

7. Wohnen und Stadtplanung sind Bereiche der Beteiligung und direkten Demokratie

Die LINKE fordert die Stärkung von Mieterbeiräten und Mietervereinen sowie die Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung. Deshalb ist eine enge Verknüpfung von Stadtentwicklung und Wohnungspolitik notwendig.

Die Einwohnerinnen und Einwohner müssen bei Bauleitplanungen aktiv und verbindlich beteiligt werden und somit an der Zukunft ihrer Städte und Quartiere mitarbeiten können. Ergebnisse der Beteiligung sind von Politik und Verwaltung umzusetzen. Bei der Durchsetzung der Interessen von Mieterinnen und Mietern baut die LINKE auf eine enge Partnerschaft mit Mieterinitiativen, Mietervereinen und Mietergemeinschaften. Mietberatungen sind flächendeckend für alle Einwohnerinnen und Einwohner kosten- und gebührenfrei zu gewährleisten.

8. Alle Bauformen zur Schaffung von Wohnraum nutzen, alternative Wohnformen fördern

Neben dem grundsätzlichen Neubau von Sozialwohnungen müssen insbesondere bei drängendem Wohnungsmangel in den Städten Umbau, Anbau und Zubau ebenso ermöglicht werden. Dazu gehören u.a. zusätzliche Wohngeschosse und Anbauten. Vorhandener Wohnraum muss vor willkürlichem Abriss geschützt werden: Was bewohnbar ist, muss bewohnt werden dürfen. DIE LINKE fordert die Förderung alternativer Wohnformen durch Hilfen bei der Grundstücksregelung und deren Finanzierung.

9. Leerstands- und Zweckentfremdungsabgaben wiedereinführen

Leerstand muss durch gesetzliche Maßnahmen wie z.B. Leerstands- und Zweckentfremdungsverbote verhindert werden. Gesetzliche Maßnahmen hierfür

	<p>sind schnell einzuleiten. Wo sich Leerstand und Zweckentfremdung nicht anders verhindern lassen, müssen auch Mittel der Beschlagnahme sowie der gesetzlich zulässigen Enteignung eingesetzt werden können.</p> <p>10. Soziale Verwerfungen verhindern</p> <p>DIE LINKE fordert eine sozial gerechte Mietpolitik, um eine soziale Durchmischung in allen Wohngebieten zu ermöglichen. Sie ist notwendig, um keine Armutsquartiere und sozialen Brennpunkte entstehen zu lassen. Dies ist bei der generellen Planung wie auch bei Bauvorhaben aller Art zu berücksichtigen.</p> <p>s. 21: Studium: Bezahlbaren Wohnraum schaffen. Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Wohnungsmarkt insgesamt zu entlasten, müssen Wohnheimangebote für mindestens 33 Prozent der Studierenden geschaffen werden.</p> <p>s. 47: Wir wollen eine schnelle dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen. Dabei soll Schleswig-Holstein die Wohnraumaufgabe nicht anwenden. Gemeinschaftsunterkünfte müssen Mindeststandards entsprechen und regelmäßig kontrolliert werden. Menschenunwürdige Not- und Massenunterkünfte müssen sofort geschlossen werden. Wir setzen uns dabei für bezahlbare Wohnungen für alle Menschen ein und lassen nicht zu, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. (...) Kreise, Städte und Gemeinden müssen mit ausreichenden finanziellen Mitteln und weiterem Personal ausgestattet werden, damit sie Geflüchtete in Wohnungen unterbringen sowie Unterstützung, Beratung und Integration von Geflüchteten gewährleisten können.</p>
<p>FDP</p>	<p>S. 2: Wir wollen in Schleswig-Holstein beste Startchancen für junge Familien schaffen. Deshalb werden wir die frühkindliche Bildung weiter stärken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und junge Eltern finanziell entlasten und ihnen den Erwerb eines Eigenheims erleichtern.</p> <p>S. 27: 1.2.4 Studien- und Ausbildungsbedingungen verbessern Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass es zukünftig ein landesweit gültiges Semesterticket für die Studierenden geben kann, um die Mobilität der Studierenden innerhalb Schleswig-Holsteins zu verbessern. Des Weiteren werden wir uns dafür einsetzen, dass es für die Auszubildenden ebenfalls ein ÖPNV-Ticket geben wird, was insbesondere Ausbildungsberufe und -betriebe in der Fläche zu Gute kommen wird. Hierfür werden wir ein gemeinsames Konzept, auch bezüglich Finanzierung, mit den Kammern, Ausbildungsbetrieben, Kommunen und Verkehrsbetrieben erarbeiten. Diese Semester- bzw. Azubi-Tickets sollten nach Möglichkeit auch in Hamburg gültig sein. Zudem wollen wir die Zahl der Wohnheimplätze erhöhen, da diese bisher in Schleswig-Holstein viel zu gering ist. Dies kann jedoch immer nur für einen Teil der Studierenden ein Angebot sein. Deshalb wollen wir durch eine bessere Wohnungsbaupolitik und entsprechende Bündnisse mit den Kommunen für mehr bezahlbaren Wohnraum insbesondere an den Hochschulstandorten sorgen. Das Duale und Triale Studium wollen wir als attraktives Angebot für viele praxisorientierte Studienberechtigte stärken. Zudem wollen wir die Hochschule in</p>

die Lage versetzen, die Zahl der Online-Studiengänge zu erhöhen und die Übertragung von Lehrveranstaltungen im Internet deutlich auszuweiten. Teilzeit- und Fernstudienangebote sollen ausgeweitet werden. Das neu geschaffene Promotionskolleg, das das Promotionsstudium an den Fachhochschulen ermöglichen soll, werden wir konstruktiv begleiten und nach drei Jahren umfassend überprüfen. Auf der Bundesebene werden wir uns für den Ausbau und die Weiterentwicklung des BaföGSystems einsetzen. Dieses soll zukünftig elternunabhängig werden. Der Zugang zu wissenschaftlicher Literatur muss fair und unbürokratisch geregelt werden und möglichst digital erfolgen.

S. 49ff:

2.5 Bauen und Wohnen

Die oberste Priorität besteht für uns darin, die Rahmenbedingungen für mehr kostengünstigen Wohnraum sicherzustellen.

Wir werden

- einen Kurswechsel in der Wohnungsbaupolitik herbeiführen und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum in den verschiedenen Regionen des Landes sorgen. Die Mietpreisbremse halten wir dabei für ein kontraproduktives Instrument, mit dem nicht einmal die Symptome der völlig verfehlten Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre wirksam gelindert werden können. Die Mietpreisbremse schafft keinen neuen Wohnraum und löst damit das eigentliche Problem nicht. Sie hilft eher denen, die auch höhere Mieten zahlen könnten. Die Mietpreisbremse verschärft das Problem des fehlenden Wohnraums sogar noch zusätzlich, weil sie als Eingriff in den Markt potenzielle Investoren abschreckt und damit dringend benötigte Investitionen verhindert. Investitionen in den Wohnungsbau müssen rentabel sein.
- uns für eine Kostenbremse beim Bauen und Wohnen einsetzen. Der mit Abstand größte Kostentreiber beim Bauen und Wohnen war in den vergangenen Jahren der Staat, der mit zu vielen bürokratischen Vorgaben immer wieder für unnötige Preissteigerungen sorgt.
- die entsprechenden (kostenbelastenden) Steuern und Abgaben und die vielen bürokratischen Auflagen im Bereich des Bauens und Wohnens werden wir auf den Prüfstand stellen – auch was die Wohnnebenkosten bzw. die "zweite Miete" beinhaltet.
- in einem breiten Bündnis mit den Kommunen, den Wohnungsbauunternehmen und den entsprechenden Verbänden dafür sorgen, dass im Bereich der Zentren (insbesondere Flensburg, Kiel, Lübeck und dem Hamburger Umland) mehr Gebiete zur Schaffung neuen Wohnraums ausgewiesen, Baugenehmigungen schneller erteilt und unnötige bürokratische Hemmnisse abgebaut werden, denn nur so kann zusätzliches Angebot für den benötigten bezahlbaren Wohnraum entstehen.
- ermöglichen, dass insbesondere im städtischen Bereich durch Verdichtungen und Aufstockungen sowie Umnutzungen des Gebäudebestandes zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann.
- uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass
 - 1) Mieter mit geringem Einkommen auch weiterhin Wohngeld erhalten.
 - 2) der Bund sich bei der sozialen Wohnraumförderung beteiligt, die ein wichtiges Element ist, um mehr bezahlbaren Wohnraum in den Städten zu schaffen.

	<p>3) die degressive Abschreibung auf Wohnimmobilien eingeführt wird, um den Wohnungsbau zusätzlich zu stimulieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Vermögensbildung von Familien durch den Bau oder Erwerb eines Eigenheims unterstützen und für natürliche Personen die Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Erwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie (bis 500.000 Euro) abschaffen und weiteren Erhöhungen der Grunderwerbsteuer nicht zustimmen. <p>S. 73 f:</p> <p>3.5 Grunderwerbsteuer</p> <p>Viele Familien haben vermehrt Schwierigkeiten, Wohneigentum zu erwerben. Dies ist nicht nur auf die stark steigenden Immobilienpreise zurückzuführen, sondern auch auf die sehr hohen Grunderwerbsteuern. Für die Freien Demokraten ist es jedoch ein wichtiges Ziel, möglichst viele Menschen bei der Vermögensbildung zu unterstützen, um damit auch eine Absicherung für das Alter zu schaffen.</p> <p>Wir werden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir werden uns in der kommenden Wahlperiode auf Bundesebene dafür einsetzen, dass beim erstmaligen Erwerb eines eigengenutzten Wohngrundstücks durch eine natürliche Person der Anteil des Besteuerungswertes, der 500.000,- übersteigt, von der Grunderwerbsteuer ausgenommen ist (Freibetrag), sofern das Wohngrundstück mindestens sechs Jahre lang gehalten wird. • weiteren Erhöhungen der Grunderwerbsteuer nicht zustimmen. <p>S. 101:</p> <p>5.2 Familie: Wir werden ein Familienpaket schnüren</p> <p>Durch die demographische Entwicklung dürfen die Interessen von Familien nicht in den Hintergrund treten - im Gegenteil. Wir wollen Familien mit Kindern stärker als bisher unterstützen. Die FDP wird in der neuen Wahlperiode ein umfangreiches Familienpaket schnüren, das das Leben junger Familien erheblich erleichtern soll. So werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, die Elternbeiträge für die U3- und die Ü3-Kinderbetreuung erst deckeln und dann mittelfristig abschaffen und für natürliche Personen die Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Erwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie (bis 500.000Euro) abschaffen, um die Vermögensbildung zu erleichtern. Zudem werden wir uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass Familien mit Kindern und Alleinerziehende von Steuern und Abgaben stärker entlastet werden.</p>
<p>PIRATENPARTEI</p>	<p>s. 34</p> <p>6.2 Inklusive Sozialpolitik</p> <p>Spätestens seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention sind Staat und Gesellschaft rechtlich darauf verpflichtet worden, eine inklusive Gesellschaft zu gestalten. In Schleswig-Holstein kommt die Umsetzung dieser rechtlichen Grundlage nur schleppend voran. Die Nutzung von 'Leichte Sprache' wird nicht im erforderlichen Maße umgesetzt, der barrierefreie Wohnungsbau kommt nicht zügig voran, und die Schulbegleitung ist immer noch nicht geklärt.</p> <p>s.36f:</p> <p>6.6 Sozialer Wohnungsbau - Wohnraum für alle Menschen</p> <p>Die Zahl der Sozialwohnungen in Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren</p>

drastisch zurückgegangen. Allerdings sind Sozialwohnungen auch nur vorübergehend geeignet, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, weil die Preisbindung nach einer gewissen Frist entfällt. Hinzu kommt, dass Untersuchungen zufolge viele Mieter von Sozialwohnungen nach ihrem aktuellen Einkommen nicht (mehr) bedürftig sind und es keine Fehlbelegungsabgabe mehr gibt. In Kommunen mit wenig bezahlbarem Wohnraum ist es zudem vielfach mangels verfügbarer Flächen nicht möglich, neuen Wohnraum zu bauen. Vor diesem Hintergrund halten wir die Wohnungsbaufördermaßnahmen der Landesregierung weder für ausreichend noch in dieser Form für zielführend.

6.6.1 Schutz des vorhandenen bezahlbaren Wohnraums

Wir setzen uns für den Schutz des noch vorhandenen, bezahlbaren Wohnraums vor übermäßiger Verteuerung, Zweckentfremdung, Leerstand oder Verfall ein. Wo bezahlbarer Wohnraum neu geschaffen wird, sollte geprüft werden, ob dies in öffentlichem Eigentum erfolgen kann, um dauerhaft eine sozialverträgliche Nutzung zu ermöglichen. Leider haben die Kommunen in der Vergangenheit einen Großteil ihrer Wohnungen privatisiert.

6.6.2 Wohnraum für Menschen mit Behinderungen

Der Wohnraum muss nach den persönlichen Bedürfnissen der einzelnen Menschen mit Behinderungen eingerichtet werden, und zwar nicht nur für Menschen im Rollstuhl, sondern auch für die Bedürfnisse von Menschen mit psychischen, geistigen und seelischen Behinderungen.

6.7 Beim Neubau von Sozialwohnungen den demografischen Wandel berücksichtigen

Schon heute enthält die Landesbauordnung Vorgaben für die barrierefreie Erreichbarkeit und Benutzbarkeit von Gebäuden. Das Ziel, auch als Pflegebedürftiger in der eigenen Wohnung verbleiben zu können, steht in einem Spannungsverhältnis zu dem Ziel, den Wohnraum bezahlbar zu halten. Wer nur vorübergehend nach Wohnraum sucht und nicht seinen Lebensabend dort verbringen möchte, sollte auch eine kostengünstigere Wohnung wählen können, die nicht barrierefrei ist. Vor diesem Hintergrund sollte untersucht werden, ob ausreichend Sozialwohnungen für Menschen zur Verfügung stehen, die eine barrierefreie Wohnung suchen. Wenn dies nicht der Fall ist, könnte bei den Förderbedingungen angesetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei jedem Neubau von Wohnhäusern (mehrstöckig) im sozialen Wohnungsbau die Nachrüstung eines Aufzugs möglich sein soll, der auch rollstuhlgerecht erreicht werden kann. Ebenso sind jedwede Stolperstellen (z. B. Absätze beim Wohnhauseingang, Balkon) zu vermeiden, damit Rollstuhlfahrer und Behinderte auch ohne weitere Hilfe ins Haus kommen. Des Weiteren ist erforderlich, dass Bad und Toilette breite Raamtüren besitzen, damit behinderte Personen mit Rollstuhl oder Rollator hindurch kommen.

s. 72:

11.1 Beteiligung von Anfang an

Bei der Umsetzung von Planung in konkrete Vorhaben wollen wir ressourcenschonend bauen, Natur und Landschaft selbstverständlich schonen – ob

	<p>bei der Anlage neuer Gewerbegebiete, städtischer und dörflicher Wohnverdichtung, Umnutzung von Konversionsflächen oder bei Altbausanierungen. Energetische Ertüchtigung ist dort sinnvoll und zu fördern, wo sie nicht zerstörend wirkt, etwa bei Baudenkmälern. Neue Techniken – wie beispielsweise die umfassende Bereitstellung und Nutzung von Geobasisdaten – sollen dabei ebenso eingesetzt werden, wie neue Medien, um eine möglichst umfassende Beteiligung zu ermöglichen.</p> <p>S. 73: 11.6 Neubauten Bei Neubauten für Wohngebäude soll es selbstverständlich sein, dass sie kind- und altersgerecht und mit Rücksicht auf mobilitätseingeschränkte Mitbürger errichtet werden. Energiesparende Maßnahmen und Energiegewinnung aus natürlichen Ressourcen sind bei allen Neubauten einzuplanen.</p> <p>11.7 Bezahlbares Wohnen in Städten und Tourismusgebieten Nur in zwei Bundesländern müssen die Menschen einen noch höheren Teil ihres Einkommens für die Miete ausgeben als in Schleswig-Holstein. Das Land ist jedoch gegen Wohnungsverfall und -leerstand untätig geblieben und hat Kappungsgrenze und Mietpreisbremse nur in einem Bruchteil des Landes in Kraft gesetzt. Die ständig weiter anziehenden Mieten in großen Teilen Schleswig- Holsteins zeigen, dass die Neubauprogramme nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind.</p> <p>Wir setzen uns für bezahlbaren Dauerwohnraum in Städten und Tourismusgebieten ein. Einwohner solcher Gebiete dürfen nicht durch überhöhte Mieten oder Wohnraummangel aus ihrer Heimat gedrängt werden. Wir fordern, die Spielräume zur Dämpfung steigender Mieten zugunsten der Mieter vollständig zu nutzen. Konkret fordern wir eine wirksame Kappungs- und Mietpreisbremse für die Insel- und Bädergemeinden, das Hamburger Umland und die Universitätsstädte Flensburg, Kiel und Lübeck samt ihrem Umland.</p> <p>Außerdem muss das Land Kommunen mit Wohnraummangel die Möglichkeit geben, gegen Leerstehenlassen, Verfallenlassen oder Zweckentfremdung von Wohnraum vorzugehen.</p>
SPD	<p>s. 3 Auch darüber hinaus haben wir viel erreicht: In den letzten 5 Jahren sind mehr als 6 000 bezahlbare Wohnungen durch Landeshilfe entstanden.</p> <p>s. 4 Wir machen das In Schleswig-Holstein soll kein Jugendlicher ohne Abschluss bleiben. Genauso gilt: kein Abschluss ohne Anschluss. Deshalb richten wir weitere Jugendberufsagenturen ein. Die Probleme von Auszubildenden bei Wohnraum und Fahrtkosten gehen wir gezielt an: Wir planen Azubi-Wohnheime und ein landesweites, bezahlbares Azubi-Ticket.</p> <p>s. 18-20 Bezahlbarer Wohnraum ist ein soziales Grundrecht</p>

Wohnen ist ein Grundrecht. Kein Luxus. Dafür hat Schleswig-Holstein in 15 Kommunen Mieterhöhungen (Kappungsgrenze) auf maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren begrenzt. Mit der Mietpreisbremse in 12 Kommunen des Landes haben wir die Möglichkeit geschaffen, Kostenexplosionen bei den Angebotsmieten einzudämmen. Allerdings kann Wohnungsknappheit nur durch den Neubau von Wohnungen wirksam bekämpft werden.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Wir haben die Wohnraumförderung massiv gestärkt. Von 2015 bis 2018 gibt es über 300 Mio. Euro Förderdarlehen für den Bau und die Modernisierung von über 4 000 Sozialwohnungen. Mit dem Programm „Erleichtertes Bauen“ haben wir das flexibelste und umfangreichste Wohnungsbauprogramm der Nachkriegsgeschichte aufgelegt. Wir stellen knapp 400 Mio. Euro Förderdarlehen für den Bau weiterer 4 000 Wohnungen bereit. Wir wollen bezahlbare Wohnungen für alle Menschen in Schleswig-Holstein. Nach der neuen Bevölkerungsvorausberechnung für Schleswig-Holstein brauchen wir bis 2030 über 100 000 neue Wohnungen. Unser Ziel ist, dass in Schleswig-Holstein jährlich mindestens 5 000 bezahlbare Wohnungen in angemessener Größe entstehen. Dafür bauen wir die soziale Wohnraumförderung auf hohem Niveau aus. Zentral dafür ist der Erhalt des Zweckvermögens Wohnungsbau. Die von der Investitionsbank verwalteten Mittel sichern den Neubau bezahlbarer Wohnungen unabhängig vom Landeshaushalt. Außerdem stärken wir die Wohnungsbaugenossenschaften als verlässliche Partner und fördern neue kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Wir wollen, dass der Bund die Länder auch über 2019 hinaus beim Bau von Sozialwohnungen finanziell unterstützen kann. Deshalb fordern wir eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes.

Zuschüsse für den kommunalen Wohnungsbau

Insbesondere in den Städten und in der Metropolregion Hamburg nimmt das Bevölkerungswachstum Schleswig-Holsteins zu. Die sich daraus insbesondere für die kreisfreien Städte ergebenden Herausforderungen müssen für alle Bevölkerungsgruppen bewältigt werden. Dafür werden die Akteure am Wohnungsmarkt durch Förderdarlehen in die Lage versetzt, den sozialen Wohnungsbau voranzubringen. Wir werden prüfen, wie wir Kommunen durch Zuschüsse helfen können in Eigenregie Wohnungen insbesondere für Personengruppen zu bauen, die derzeit wenige Chancen am Wohnungsmarkt haben. Das stärkt die Kommunen in ihrer Verantwortung, ausreichend Wohnraum im preisgünstigen Marktsegment vorzuhalten. Sie wirken hierdurch dämpfend auf die Mietpreisentwicklung ein.

Soziale Spaltung in den Städten beenden

Mithilfe des Programms „Soziale Stadt“ begegnen wir der sozialen Spaltung in unseren Städten. Einzelne Bevölkerungsgruppen dürfen nicht aus attraktiven Wohnlagen oder ganzen Städten verdrängt werden. Insbesondere Wohnungslose müssen die Möglichkeit erhalten, in die Mitte der Gesellschaft zurückzukehren. Wir wollen eine soziale Stadt, die für alle Menschen da ist, unabhängig von Einkommen, Alter und Herkunft. Dafür werden wir die notwendigen Mittel bereitstellen.

Wohnraum für junge Menschen

Junge Menschen haben es am Wohnungsmarkt besonders schwer. In der Regel haben sie wenig Geld. Oft bleiben sie nur während der Ausbildung an einem Ort und müssen bald wieder umziehen. Insbesondere in den Hochschulstädten ist die Situation angespannt. Auch Auszubildende haben Schwierigkeiten bei der Suche nach bezahlbaren Wohnungen. Wir wollen die Wohnungsprobleme der jungen Menschen gezielt angehen. Deshalb stellen wir die notwendigen Fördermittel zur Verfügung, um mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Azubis zu schaffen. Bis 2022 sollen so 2 000 zusätzliche Wohnmöglichkeiten entstehen. Dabei sollen Studentenwohnheime möglichst im Quartier bzw. im Stadtteil errichtet werden, in dem die Hochschulen oder einzelne Fakultäten/Fachbereiche der Hochschulen angesiedelt sind, um eine Belebung im Quartier bzw. Stadtteil zu unterstützen.

Ältere Menschen unterstützen

Unsere Gesellschaft wird älter. Das wirkt sich auf den Wohnungsmarkt aus. Die Wohnungen müssen stärker an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden. Sie sollen so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung bleiben können. Deshalb fördern wir barrierefreie Wohnungen. Das nutzt allen. Wo ein Rollstuhl durchpasst, kommt auch ein Kinderwagen durch.

Lebensqualität im ländlichen Raum stärken

Wir wollen gleiche Lebensverhältnisse im ganzen Land. Deshalb muss es allen möglich sein, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten und kulturelle Einrichtungen gut zu erreichen. Der öffentliche Personennahverkehr soll entsprechend ausgestaltet werden. Möglichst viel soll möglichst nah sein. Dazu tragen Aktivregionen bei, die wir weiterhin in ihrer wertvollen Arbeit unterstützen werden. Wohnen wollen wir mit ambulanter Hilfe bzw. Pflege verzahnen. Gemeinden können gemeinsame Konzepte erarbeiten. Das wollen wir fördern. Schließlich wird nicht jede Einrichtung überall gebraucht. Das spart auch Kosten.

Städte- und Wohnungsbaupolitik verändert sich

Lebensmodelle in unserer Gesellschaft verändern sich. Familien bekommen weniger Kinder. Immer mehr Menschen leben als Singles. Insbesondere Alleinerziehende sowie Empfängerinnen und Empfänger von SGB II finden kaum noch Wohnraum. Darauf müssen wir reagieren. Wir denken Städte- und Wohnungsbaupolitik gemeinsam. Nur eine durchmischte Bebauung mit öffentlich geförderten und frei finanzierten Wohnungen in der ganzen Stadt verhindert die soziale Spaltung. Wir sorgen für bedarfsgerechte, attraktive und bezahlbare Wohnungen für alle Generationen. Gleichzeitig fördern wir Quartiere, in denen Jung und Alt zusammenlebt. Dabei unterstützen wir neue Wohnformen. Ein Beispiel dafür ist „Wohnen für Hilfe“. Junge Menschen können günstig bei Senioren leben. Dafür helfen sie im Haushalt.

Die Mitbestimmung älterer Menschen fördern

Alt sein, bedeutet nicht schwach, gebrechlich und hilfsbedürftig zu sein. Im Gegenteil: Meist sind vor allem die älteren Menschen in Vereinen und Verbänden

aktiv. Sie halten das gesellschaftliche Leben in Städten und im ländlichen Raum aufrecht. Sie engagieren sich ehrenamtlich auf vielen Ebenen unseres Zusammenlebens. Sie haben Erfahrungen aus ihrem beruflichen, familiären und politischen Leben. Das macht sie zu wertvollen Beratern – auch in der Politik. Deshalb wollen wir, dass jeder Kreis, jedes Amt und jede Gemeinde und Stadt einen Seniorenbeirat etabliert.

s. 21

Gute Ausbildung

Wir wollen, dass Ausbildung nicht an finanziellen Problemen scheitert. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine allgemeine Mindestausbildungsvergütung ein. Außerdem wollen wir Auszubildende in den Bereichen Wohnen und Mobilität unterstützen. Unser Ziel ist es, analog zu einem landesweiten Studierenticket, im Dialog mit den Interessenvertretungen auch für Auszubildende eine gute und bezahlbare Lösung für ein Azubi-Ticket zu entwickeln. Auszubildende mit besonders weiten Wegen zu Ausbildungsstätten außerhalb Schleswig-Holsteins erhalten darüber hinaus eine besondere Unterstützung. Wo der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist, prüfen wir außerdem die Möglichkeit von Azubi-Wohnheimen.

s. 36

Studierbarkeit sichern

Wir haben ausreichend Studienplätze geschaffen und dafür gesorgt, dass diese auch genutzt werden können. Unser Ziel bleiben optimale Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium. Zu guten Studienbedingungen gehören ausreichend Wohnraum, gute Mensen, bedarfsgerechte Kinderbetreuung, hilfreiche Beratungsangebote und gute Lehre.

s. 55

Integration vor Ort stärken

Bei unserer Flüchtlingspolitik berücksichtigen wir insbesondere die Kommunen. Deshalb haben wir 20 Mio. Euro für das Programm zur Wohnraumförderung für Flüchtlinge bereitgestellt. Wir bekennen uns nach wie vor dazu, dass Integration am besten in dezentraler Unterbringung gelingt. Deshalb sollen bei der Integration hinderliche Einrichtungen mit vielen Geflüchteten an einem Ort vermieden werden. Damit wollen wir besonders das ehrenamtliche Engagement fördern. All diese Maßnahmen sollen zur Integration der Geflüchteten beitragen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, Flüchtlingsfamilien, die in Deutschland getrennt leben, zusammenzuführen. Für die Aufnahme und Integration von Zugewanderten ist ein koordiniertes Vorgehen auf allen politischen Ebenen notwendig. Wir wollen deshalb bereits vorhandene Strukturen nutzen und symbolische Doppelstrukturen vermeiden.

s. 60

Daseinsvorsorge für alle

Wir haben das Gemeindewirtschaftsrecht reformiert. Dadurch wurden rechtliche Hürden für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen gesenkt. Das gilt insbesondere für Energieversorgung, Erzeugung erneuerbarer Energien und

	<p>Breitbandausbau. Denn wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken, sie ist weder überflüssig noch eine Wohltat oder überflüssiger Bürokratismus. Sie soll allen Menschen gleichberechtigt zur Verfügung stehen. Das gilt für Bildung, Gesundheit, Mobilität, Kultur, bezahlbaren Wohnraum und vieles mehr. Pläne zur Privatisierung der deutschen Autobahnen werden wir im Bundesrat ablehnen. Öffentliche Infrastruktur gehört in die öffentliche Hand! Wir werden die Stärkung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit fortsetzen, denn für uns ist sie ein wichtiger Baustein in der Daseinsvorsorge, der ausgebaut und nicht privatisiert werden soll.</p>
<p>SSW</p>	<p>s. 4: Unsere soziale Politik: Wohnraum schaffen</p> <p><i>Politik für und mit Menschen mit Behinderung machen</i></p> <p>S. 14: Die Stadt- und Raumplanung muss die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung stärker berücksichtigen. Wir wollen, dass bei der Wohnraumförderung altersgerechte Wohnungen, Gruppenwohnprojekte, nachbarschaftliches 680 und generationenübergreifendes Wohnen sowie betreutes Wohnen eine sehr 681 hohe Priorität haben.</p> <p>Wir wollen durch einen Sonderfonds zur Förderung barrierefreien Wohnens stärkere Anreize für den behindertengerechten Umbau von privatem Wohnraum setzen.</p> <p>S. 17: Wohnraum schaffen <i>Es muss mehr öffentlicher sozialer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel durch die Förderung von Genossenschaftsmodellen. Mit dem seit 2015 laufenden Programm für die soziale Wohnraumförderung hat die Landesregierung über den gesamten Planungszeitraum gesehen 360 Mio. Euro für die Förderung von Wohnraum ausgegeben. 2018 läuft dieses Programm aus.</i></p> <p>Wir wollen, dass das Programm für die soziale Wohnraumförderung an ein Nachfolgeprogramm anknüpfen kann, damit am Wohnungsmarkt eine deutliche Entspannung spürbar wird. Auch im Rahmen eines Hilfspaketes für Wohnungslose ist dieser Punkt wichtig. Es fehlt häufig an kleinen, bezahlbaren Wohnungen.</p> <p>S. 41: Verantwortung für Daseinsvorsorge gerecht werden <i>Der SSW steht für ein Land, in dem die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Leistungen in öffentlicher Hand bleiben muss. Die Grundversorgung mit Strom, Wasser, Wohnraum, Öffentlichen Nahverkehr oder die Abfallentsorgung sind Aufgaben, die nicht an private, marktwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen ohne staatliche Kontrolle und Einflussmöglichkeiten abgegeben werden dürfen. Zur Daseinsvorsorge gehören auch Sparkassen oder Genossenschaftsbanken, die die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen sichern und wichtige Partner von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik der Region sind.</i></p>

